

Die Zentrumspartei, die CDU und die Arbeiter

Christopher Beckmann
Geboren 1966 in Essen,
promovierter Historiker,
Referent Wissenschaftliche Dienste /
Archiv für Christlich-Demokratische Politik,
Konrad-Adenauer-Stiftung.

Markus Lingen
Geboren 1968 in Mönchengladbach, Theologe
und Historiker, Bibliothekar
Wissenschaftliche Dienste / Archiv
für Christlich-Demokratische Politik,
Konrad-Adenauer-Stiftung.

Zur Geschichte eines nicht nur harmonischen Verhältnisses

„Mit dem Wort Sozialismus gewinnen wir fünf Menschen und zwanzig laufen uns weg.“
Dieser Ausspruch Konrad Adenauers vom Juni 1946 dokumentiert sein Bemühen, die an vielen Orten spontan gegründete CDU auch kommunikativ als schichtenübergreifende christliche Volkspartei zu etablieren.

Mit dieser Position stand er in einem Spannungsverhältnis zu Mitgründern aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung, die die neue Partei als „Fackelträger eines neuen christlichen Sozialismus“ (Karl Arnold) oder „politischen Willensausdruck der christlichen Arbeiterschaft“ (Johannes Albers) erachteten. Adenauer – der gleichermaßen den Versuchen anderer Gründerkreise entgegentrat, die CDU dezidiert als konservative „Rechtspartei“ zu etablieren – hatte ebenfalls das Ziel, den christlichen Arbeitern eine politische Heimat zu

Konrad Adenauer auf
Wahlkampfreise in
Regensburg, 1953. Zwei
Schornsteinfeger wün-
schen ihm Glück. Später
präsentiert Adenauer
stolz seine rußge-
schwärzte Hand. Die
Union gewinnt die
Wahl mit 45,2 Prozent.
Foto: © picture-alli-
ance / dpa | Georg Göbel



bieten, und befürwortete die Bildung von „Sozialausschüssen“; diese sollten jedoch keinesfalls eine „Partei innerhalb der Partei“ bilden. In ihnen sollten sich nach den Worten ihres Mitgründers Johannes Albers alle zusammenfinden, die „in Betrieb und Gewerkschaft, Partei und im Volke ihre Aufgaben als christliche Arbeiter, Angestellte und Beamte erfüllen“.

Die Idee der „Sozialausschüsse“ entstand aus der Tradition der christlichen Arbeiterbewegung. In den 1830er-Jahren begannen sich in Mitteleuropa die Folgen abzuzeichnen, die die Industrialisierung für die gesellschaftlichen Verhältnisse nach sich zog. Die Zeitgenossen sahen sich mit einer bis dahin ungekannten Massenarmut konfrontiert, deren Ursache schon frühzeitig mit dem Aufkommen der Industrie in Beziehung gesetzt wurde, auch wenn sie nicht der einzige Grund dafür war: Betroffen waren nicht nur die Industriearbeiter, sondern auch die unteren Schichten der Handwerkerschaft und des Kleinbürgertums. Die immer augenfälliger werdenden Probleme veranlassten nicht zuletzt Vertreter der katholischen Kirche und des sich organisierenden politischen Katholizismus zur Auseinandersetzung mit der sozialen Frage.

Am Beginn standen in Deutschland prominente Vertreter wie der Mainzer Bischof Wilhelm Emmanuel von Ketteler oder der „Gesellenvater“ Adolf Kolping, die der Auffassung waren, die katastrophalen sozialen Verhältnisse seien darauf zurückzuführen, dass die Gesellschaft die christlichen Wertvorstellungen aufgegeben habe und allein den zügellosen Egoismus herrschen lasse. Die soziale Frage sei daher vor allem eine religiöse. Auf dem Düsseldorfer Katholikentag 1869 wurde aber auch unmissverständlich festgestellt: „Die Arbeiter haben ein Recht,

Kooperation statt Klassenkampf. Wahlplakat der Zentrumsparlei, um 1920.
Foto: @ bpk / Deutsches Historisches Museum / Indra Desnica

zusammenzutreten.“ Bischof Ketteler schloss sich zudem Forderungen der Arbeiterbewegung nach Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung und dem Verbot der Frauen- und Kinderarbeit an und billigte auch den Streik als Mittel des Arbeitskampfes. Damit hatte er den Weg für die Gründung katholischer Arbeitervereine geebnet, aus denen später die eng mit der Zentrumsparlei verbundenen christlichen Gewerkschaften hervorgingen. Am 20. Mai 1880 konstituierte sich in Aachen der „Verband katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde“, kurz „Arbeiterwohl“ genannt. Er wandte sich der Wohlfahrtspflege, der Organisation der katholischen Arbeiter und der Sozialpolitik zu.



Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse

Bereits am 19. März 1877 hatte die Zentrumsfraktion im Reichstag den ersten sozialpolitischen Antrag gestellt. Er beinhaltete eine Reihe von Forderungen, die auf eine Reform der Zustände im Rahmen der gegebenen Ordnung abzielten, etwa die Einführung der Sonntagsruhe, Maßnahmen zur Einschränkung der Gewerbefreiheit und Arbeitsschutzbestimmungen. Arbeit, Kapital und Grundbesitz waren im Programm der Zentrumsparlei als gleichberechtigte Faktoren genannt, die in eine angemessene Beziehung zueinander zu bringen seien. Dies war nicht nur eine deutliche Absage an jeden Klassenkampfgedanken und eine Grundsatzentscheidung für sozialpartnerschaftliche Konzeptionen; es bedeutete zugleich eine allgemeine Anerkennung des bestehenden Wirtschaftssystems, dessen kapitalistische Auswüchse allerdings nicht toleriert werden sollten. Papst Leo XIII. forderte in seiner Enzyklika *Rerum Novarum* vom 15. Mai 1891 eine staatliche Sozialpolitik gemäß den Prinzipien von Personalität, Subsidiarität, Solidarität und Gemeinwohl, ferner familiengerechte Löhne, Versicherungen für Alter, Krankheit und Unfälle und erklärte das Koalitionsrecht zum Naturrecht des Menschen.

Das Lehrschreiben gilt heute als Grunddokument der „Soziallehre der Kirche“ (Pius XII.), die sich zu einer eigenen theologischen Disziplin entwickelte.

Obwohl der deutsche Protestantismus dieser Epoche liberal-bürgerlichen Charakter trug, wandten sich einige seiner bedeutenden Repräsentanten ebenfalls der sozialen Frage zu. Der preußische Hofprediger Adolf Stoecker griff im Programm seiner 1878 gegründeten Christlich-Sozialen Arbeiterparlei aktuelle Fragen wie die fachgenossenschaftliche Organisation der Arbeiter, den Arbeiterschutz und den Normalarbeitstag auf. Ziel war, den der Kirche und der Nation entfremdeten Arbeiter wieder für König und Vaterland zurückzugewinnen. Die protestantisch-konservativen Sozialreformer scheiterten allerdings daran, dass ihre Predigt und Seelsorge längst nicht mehr das evangelische Volk erreichten. Dem politischen Katholizismus hingegen gelang es, die katholischen Arbeiter weitgehend in sein Lager zu ziehen – ein Ergebnis des durch den Kulturkampf bewirkten, schichtenübergreifenden konfessionell-politischen Zusammenschlusses, aber auch Folge der sozialpolitischen Aufgeschlossenheit des Katholizismus. Zugleich trug die Entwicklung zu einer ersten Relativierung des Konfessionsgegensatzes bei: Im „Gewerkschaftsstreit“ von 1911 setzte sich der Gedanke interkonfessioneller Zusammenarbeit der christlichen Arbeiterschaft gegenüber der Bildung rein katholischer Gewerkschaften durch. 1912 akzeptierte Papst Pius X. den interkonfessionellen Charakter der christlichen Gewerkschaften, die zu diesem Zeitpunkt etwa 350.000 Mitglieder hatten.

Während der Weimarer Republik war mit Reichsarbeitsminister Heinrich Brauns ein Vertreter des Arbeitnehmerflügels der Zentrumsparlei dienstältester Minister (1920–1928). In seiner Amtszeit wurden mehr als 120 Gesetze sozialpolitischen Inhalts vom Reichstag verabschiedet und das spätere Sozialhilferecht der Bundesrepublik grundgelegt. Brauns und andere Christlich-Soziale wie Adam Stegerwald entwickelten das Konzept einer neuen Mittelparlei auf interkonfessioneller Grundlage mit dem Hauptziel, gegenüber dem Sozialismus mehrheitsfähig zu werden. Sie fanden aber in der Zentrumsparlei keine Mehrheit. Dass es der Partei dennoch gelang, bis 1933 einen Großteil ihrer Wählerschaft zu halten, war nicht zuletzt der Treue auch der Wähler aus der Arbeiterschaft zu verdanken.

Bekanntlich ist es – und war es früher in noch stärkerem Maße – ein Merkmal der CDU, dass die von ihr vertretenen Interessen vor allem durch ihre Vereinigungen repräsentiert werden. Als Interessenvertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fungierten bereits in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), die parallel zu den „Gründungskernen“ der CDU entstanden. Sie prägten deren Anfangs- und

Aufbauphase mit und können geradezu als „Archetypus der Vereinigungen“ (Hans-Otto Kleinmann) gelten. Ihre Gründer – ehemalige christliche Gewerkschafter – forderten „eine gemeinwirtschaftliche Ordnung [...], die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert“. Bekannt ist bis heute das nicht selten missverständene und in seiner Bedeutung bisweilen überschätzte Ahlener Programm vom 3. Februar 1947.

Es brachte die Grundüberzeugung zum Ausdruck, dass die Wirtschaft dem Menschen zu dienen habe und nicht umgekehrt. Arbeit sollte nicht nur als „Ware“ oder bloßer Broterwerb gelten, sondern auch als „sittliche Leistung“, wie die christlich-sozialen Verfasser der Kölner Leitsätze es bereits im Juni 1945 formuliert hatten. Das erste Grundsatzprogramm der CDU, 1978 auf dem Bundesparteitag in Ludwigshafen verabschiedet, sollte an diese Überzeugung anknüpfen und Arbeit als „nicht nur Broterwerb, sondern auch eine Form der Selbstverwirklichung“ beschreiben. Die Sozialausschüsse sollten auch dazu dienen, die Tatsache zu kompensieren, dass man nach dem Zweiten Weltkrieg zugunsten der neuen Einheitsgewerkschaft auf die Wiedergründung christlicher Gewerkschaften verzichtete. Zudem betrachtete man eine starke Vertretung der Interessen der christlichen Arbeiterschaft als zwingende Voraussetzung für den angestrebten Volkspartei Charakter der Union. Trotz anfänglicher Vorbehalte akzeptierte der Arbeitnehmerflügel schließlich das von Alfred Müller-Armack entwickelte und von Ludwig Erhard überzeugend propagierte Konzept der Sozialen Marktwirtschaft und half mit, dieses durchzusetzen.

Der „größte Sozialpraktiker der deutschen Geschichte“

Konrad Adenauer stand, wie erwähnt, zunächst den Sozialausschüssen und vor allem den von ihnen vertretenen Positionen skeptisch gegenüber. Man vermochte sich aber zu einigen: Während der spätere Kanzler sich mit dem Gedanken einer christlich-demokratischen Interessenvertretung der Arbeitnehmer „absolut einverstanden“ erklärte, gestand Johannes Albers als Vorsitzender der in der CDA zusammengeschlossenen Sozialausschüsse zu, dass diese im Auftrag und als Teil der CDU agierten. In der Ära Adenauer war es nicht zuletzt ihrer beständigen Einflussnahme zu verdanken, dass eine Reihe wegweisender sozialpolitischer Entscheidungen getroffen wurde.

Dabei kam es – trotz vielfältiger Differenzen – häufig zu Interessenkonvergenzen mit dem Kanzler. Adenauers Vorstellungen deckten sich zwar mit Ludwig Erhards Grundüberzeugung, dass eine gute und darum



Ankündigungspakat zum CDA-Kongress am 6. und 7. Dezember 1974, Foto: © KAS/ACDP 10-031: 23 CC-BY-SA 3.0 DE

erfolgreiche Wirtschaftspolitik die beste Sozialpolitik sei, weil sie es den Menschen ermögliche, sich einen besseren Lebensstandard zu erarbeiten und zugleich dem Staat Spielräume für sozialpolitische Maßnahmen eröffne. Dass im bundesdeutschen „Wunderland“ (Helmut Jähner) der Jahre 1955 bis 1967 dieses Versprechen, unter den Rahmenbedingungen einer guten, wo nötig ausgleichenden Wirtschafts- und Sozialpolitik durch persönlichen Fleiß und Einsatzbereitschaft einen höheren Lebensstandard erreichen zu können, für immer mehr Menschen in Erfüllung ging, führte der Union zahlreiche Wähler auch aus der Arbeiterschaft zu. Zudem betrachtete Adenauer ökonomische Fragen aber stärker auch aus politischer Perspektive und war daher bisweilen bereit, eine aktivere Sozial- und Wirtschaftspolitik zu betreiben, als es das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft

ursprünglich vorgesehen hatte. Für ihn galt das Primat des Politischen auch in der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Zudem vertrat „der Alte“ einen sozial erweiterten Freiheits- und Demokratiebegriff. 1951 erklärte er gegenüber britischen Gesprächspartnern, Freiheit, auch verstanden als „die Freiheit von Hunger und Not, die Freiheit zu persönlicher und wirtschaftlicher Entfaltung“, sei eines der „wesentlichen Ziele unserer Demokratie“.

Zu den sozialpolitischen Errungenschaften dieser Zeit zählten etwa die Gesetze zum Wohnungsbau, zur Montanmitbestimmung und Betriebsverfassung, zum Kündigungs- und Mutterschutz sowie die Einführung der dynamischen Rente. Albers bezeichnete Adenauer daher als den bis dahin „größten Sozialpraktiker der deutschen Geschichte“.

Die Bedeutung der CDA als Vertreterin von Arbeitnehmerinteressen in der CDU zeigte sich auch darin, dass das Arbeits- und Sozialministerium im Bund und in fast allen Ländern – sofern von der Union geführt – mit einer Persönlichkeit aus der CDA besetzt wurde. In der Reihe ihrer Vorsitzenden finden sich neben Albers politische Schwergewichte

wie Jakob Kaiser, Karl Arnold, Hans Katzer, Norbert Blüm und Karl-Josef Laumann. Oftmals setzte die CDA die eigene Partei unter Druck und war bemüht, zu starken liberalen oder konservativen Tendenzen innerparteilich entgegenzuwirken.

Unter der Führung Hans Katzers (1963–1977) entwickelten sich die Sozialausschüsse programmatisch weiter. Nach Katzers Auffassung sollte man die Arbeit nicht mehr auf die Sozialpolitik beschränken. Vielmehr gelte es, den Zusammenhang von Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik zu erkennen. Die Initiative, eine Art Grundsatzprogramm der CDA zu erarbeiten, ging vom späteren langjährigen Bundesarbeitsminister Norbert Blüm aus, der seinerzeit gesellschaftspolitischer Referent der Sozialausschüsse und rechte Hand von Katzer war. Die Offenburger Erklärung vom 9. Juli 1967 hatte eine doppelte Funktion: Sie war ein Beitrag zum Aktionsprogramm der CDU und gab die Auffassung von der künftigen Gestaltung der Gesellschaft und des Staates wieder. Sie stand auf drei Säulen: *Erstens* legten die Sozialausschüsse ihr Leitbild für eine offene und solidarische Gesellschaft dar, *zweitens* untermauerten sie ihre Auffassung von der „Einheit der Gesellschaftspolitik“ und zeigten *drittens* Wege auf, wie die von ihnen proklamierten drei Ziele einer modernen Gesellschaftspolitik – „Freiheit, Gerechtigkeit, soziale Sicherung“ – zu verwirklichen seien. Diese Ziele stehen unter den Leitsätzen „Bildung ist Voraussetzung des Fortschritts“, „Solidarität schafft Sicherheit“ und „Gerechtigkeit bleibt Aufgabe“.

Ausdifferenzierung der Arbeitnehmerschaft

Katzer, von 1966 bis 1969 auch Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, war in dieser Zeit für die Formulierung des Arbeitsförderungsgesetzes und für die gesetzliche Festschreibung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall verantwortlich. Unter Norbert Blüm, seinem Nachfolger im Amt des CDA-Vorsitzenden (1977–1987) und später auch im Ministeramt (1982–1998), wurden unter anderem Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub und die Anrechnung von Erziehungszeiten bei der Rente eingeführt, ebenso die Pflegeversicherung als 5. Säule der Sozialversicherung. Bei letztgenanntem Gesetzesvorhaben war der spätere langjährige CDA-Vorsitzende (2005–2024) und nordrhein-westfälische Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann Berichterstatter im zuständigen Bundestagsausschuss.

Während der gesamten Kanzlerschaft Helmut Kohls, der – anknüpfend an Ludwig Erhard – in einer seiner ersten Regierungserklärungen betont hatte, dass Gewinne erwirtschaftet werden müssten, um Investitionen und Sozialleistungen finanzieren zu können, verfocht Blüm gegen vielfache, auch innerparteiliche Widerstände seine Überzeugung,

dass die Sozialpolitik ein entscheidender Angelpunkt der freiheitlich-demokratischen Ordnung der Bundesrepublik sei.

Wulf Schönbohm analysierte 1979 angesichts der augenfälligen Wandlungen der Arbeitswelt und der Ausdifferenzierung der Arbeitnehmerschaft die CDA und stellte zutreffend fest, dass unter dem umfassenden Begriff „Arbeitnehmerschaft“ mittlerweile alle diejenigen verstanden würden, die als abhängig Beschäftigte tätig seien. Dies umfasse sowohl den Hilfsarbeiter, den hochqualifizierten Facharbeiter oder leitenden Angestellten in der Industrie als auch die breite Palette der Angestellten und Beamten des unteren, mittleren und höheren Dienstes einschließlich der Lehrer und der an den Hochschulen hauptamtlich Beschäftigten. Die Zielgruppe der CDA sei also immer diffuser geworden, was im Prinzip alle Arbeitnehmerorganisationen betreffe. Die Interessendivergenzen seien darum oftmals größer als die Interessenübereinstimmungen. Die CDA sah sich daher vor die Aufgabe gestellt, den unterschiedlichsten Gruppen von Arbeitnehmern ein programmatisches Angebot zu machen. Dementsprechend wird einerseits schon seit längerer Zeit befürwortet und praktiziert, dass die CDA alle diejenigen in ihre Reihen aufnimmt, die sich an christlich-sozialen Grundsätzen orientieren, und nicht so sehr auf ihren Berufsstand achten soll.

Dennoch sind die Mitgliederzahlen seit Langem rückläufig; ebenso ist der innerparteiliche Einfluss der CDA, die bereits in den 1970er-Jahren als einflussreichste Vereinigung der CDU von der Jungen Union abgelöst wurde, gesunken. Andererseits lagen die Unionsparteien bei der letzten Bundestagswahl bei den Angestellten und Beamten deutlich vor den anderen Parteien, fielen allerdings ausgerechnet bei den Arbeitern hinter die AfD zurück. Insofern besteht die selbstgestellte Aufgabe der CDA fort, „im Bereich der Arbeitnehmerschaft die Interessen der Arbeitnehmer auf[z]uspüren und deren spezifische Probleme [zu] artikulieren“, sie in die CDU hineinzutragen und „in der innerparteilichen Willensbildung wirksam zum Ausdruck [zu] bringen“. Angesichts der rasanten Veränderungen der Arbeitswelt, vor allem des rapiden Einsatzes von Künstlicher Intelligenz, steht möglicherweise eine neue Revolution bevor, die auch das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft vor neue Herausforderungen stellen wird. Nimmt die CDA – und mit ihr die CDU insgesamt – die Herausforderung an, weiterhin die Interessen und Probleme von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu identifizieren und ebenso innerparteilich wie gesamtgesellschaftlich zu vertreten, dann könnte ihre Rolle von bleibender, vielleicht sogar wieder von wachsender Bedeutung sein.